

Die Bilanz der Europäischen Integration 1982

WERNER WEIDENFELD

ZEIT DES ÜBERGANGS

ÜBERGANGSSTRUKTUREN

Die Mehrheitsentscheidung im Ministerrat am 18. Mai 1982

Der Falkland-Konflikt
Der Beitragsausgleich für Großbritannien
Die Festsetzung der Agrarpreise

Die Haushaltsproblematik

Mögliche Bruchstellen der internationalen Konstellationen

Die europäisch-amerikanischen Beziehungen
Die europäisch-japanischen Beziehungen

ZUKUNFTSAHNUNGEN

ZEIT DES ÜBERGANGS

Die Europäische Gemeinschaft befindet sich heute in einer Zeit des Übergangs. Sie kann die notwendige Dynamik nicht mehr aus dem Geist der Gründungsepoche ableiten, die Sogwirkung der neuen Epoche ist aber noch nicht präzise auszumachen. Das Programm der Römischen Verträge erscheint weitgehend als erfüllt, aber angesichts der neuen politischen Herausforderung greift es zu kurz. Die bisher bereitgestellten Instrumente der Gemeinschaft funktionieren im Großen und Ganzen, aber infolge fehlender Fortschritte wird ihre Effizienz zweifelhaft. Der Respekt vor dem politischen Mut und der Weitsicht der Gründungsväter paart sich heute mit der Kritik am europapolitischen Status quo und dem Blick auf die europäischen Reformnotwendigkeiten. Es ist eben eine typische Zeit des Übergangs: Die Kulissen von gestern stehen noch; das Heute hat noch kein eigenes Profil gewonnen; das Morgen wird zum Ziel-punkt interessierender Fragen – bleibt aber bisher noch weitgehend im Nebel. Es kennzeichnet solche Zeiten des Übergangs, daß eine Fülle von Gesichtspunkten und Entwicklungslinien nebeneinander zu beobachten sind, ohne daß ihr Zusammenhang und ihre Wechselwirkung eindeutig auszumachen wären. In Übergangsperioden denkt man eher in Kategorien des Krisenmanagements als in der Logik von langfristigen Strukturproblemen. Entsprechend unprofiliert, zerfasert bleibt die europapolitische Diskussion. Europäische Akte, Agrarpreise, Falkland-Konflikt, Haushalt, Europäische Verfassung, Binnenmarkt: Stichworte huschen über die Oberfläche Europas, ohne wirklich Spuren zu hinterlassen.

Der historische Terminkalender gab der Europäischen Gemeinschaft die Gelegenheit, selbst eine kritische Ortsbestimmung vorzunehmen, selbst die zurückgelegte Wegstrecke auszumessen; denn es galt 1982, zwei Jubiläen zu begehen: Das Europäische Parlament bestand 30 Jahre, wenn man die Zeit der Parlamentarischen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl mitrechnet. Die Europäische Gemeinschaft selbst konnte der 25-jährigen Wiederkehr der Unterzeichnung der Römischen Verträge vom 20. März 1957 gedenken¹. Die Europäische Gemeinschaft lud zu Feierstunden ein – allerdings war die Unsicherheit der Verantwortlichen zu spüren, ob denn dies wirklich ein Grund zum Feiern sei. Allzu zwiespältig erschien doch vielen das Bild, das Europa vermittelte. Der Katzenjammer der Europäer übertönte den traditionellen Festtagsjubel. Die Festredner waren sichtlich geniert. Das Erreichte sei unzulänglich und gefährdet².

Das pauschale Klagelied der Europäer läßt viele übersehen, daß die Krise der Europäischen Gemeinschaft nicht eine Krise der Römischen Verträge, sondern eine Krise des politischen Willens und der politischen Fähigkeiten ist³. Die Römischen Verträge selbst waren zweifellos ein großer Wurf der Europapolitik. Ihr Kernprogramm ist auch weitestgehend erfüllt, teilweise sogar schneller als die Gründungsväter vorgeschrieben hatten: Zollunion, Agrar-

markt, gemeinsamer Außenhandel, Freizügigkeit. Dieses Programm konzentrierte sich auf den Abbau von Hindernissen zwischen den Mitgliedstaaten. Die heute drängenden Probleme stellen sich jedoch vornehmlich in anderen Bereichen: Regional- und Sozialpolitik, Währungspolitik, Sicherheitspolitik, Haushaltspolitik. Diese Aufgaben werden aber in den Römischen Verträgen bestenfalls am Rande erwähnt. Die heute brisanten Themen sind gewissermaßen über die Textgrenzen der Römischen Verträge hinaus ausgewandert – und stellen dann allerdings von dort den Kernbestand der Europapolitik in Frage. Das „Europa der zweiten Generation“⁴ muß sich daher zwangsläufig hilfloser darstellen als das „Europa der Gründungsväter“⁵. Bei dem respektvollen Rückblick auf die Gründungsväter der Europäischen Gemeinschaft darf jedoch nicht übersehen werden, daß sie sich in etlichen Annahmen gründlich geirrt haben:

- Sie sahen Europa als eine politische und kulturelle Kraft. Sie nahmen nicht an, daß die Europäische Gemeinschaft so drastisch zu einem bloß materiellen Angebot verkümmern würde.
- Sie gingen davon aus, daß die integrierten Politikbereiche eine starke Sogwirkung auf andere Materien ausüben würden. Weder eine Wirtschafts- und Währungsunion, noch eine politische Union konnte jedoch bis heute verwirklicht werden.
- Sie hatten das System der EG-Institutionen als einen dynamisch fortzuentwickelnden Entwurf verstanden. Diese Fortentwicklung ist bestenfalls in Ansätzen (Direktwahl und Kompetenzerweiterung des Europäischen Parlaments, Konzertierungsverfahren zwischen den Organen) vollzogen. Die mangelhafte Effizienz der europäischen Institutionen darf daher niemanden überraschen.

Das Jubiläum der Römischen Verträge spiegelt also Licht und Schatten wieder. Ein schillerndes Schwanken zwischen Gefahren des Rückschritts, Erfahrungen der Stagnation und Möglichkeiten des Fortschritts macht heute den europapolitischen Status quo aus: ein typisches Kennzeichen für eine Zeit des Übergangs.

Aber nicht nur der weit ausholende Rückblick macht diesen Übergang anschaulich. Die Europapolitik des Jahres 1982 bietet eine Fülle von Beispielen, die deutlich macht, daß die politischen Szenarien von Gestern und Heute den politischen Aufgaben von Heute und Morgen nicht gewachsen sind – allerdings ohne daß schon das europäische Szenarium der Zukunft feste Umrisse zeigen würde:

- Die Wirtschaft aller EG-Mitgliedstaaten befindet sich in einer Krise. Sinkende Wachstumsraten und rapide steigende Arbeitslosenzahlen bestimmen das wirtschaftspolitische Bild⁶. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit rückt in den Vordergrund der europäischen Rhetorik. Allerdings haben sich die EG-Mitglieder bisher nicht auf eine gemeinsame Strategie verständigen können, geschweige denn daß sie die Europäische Gemeinschaft mit einem wirklich effizienten wirtschaftspolitischen Instrumentarium ausgestattet hätten.

- Der Binnenmarkt zählt zum erfolgreichen Kernbestand der Europäischen Integration. Aber die Kritik an der Aushöhlung des Gemeinsamen Marktes hat an Dramatik zugenommen. „Wir haben ein Kartell des Nichtstuns“, so urteilt der zuständige EG-Kommissar⁷. Vertragsverletzungen nehmen zu⁸; der Ausbau nichttarifärer Handelshemmnisse schreitet voran⁹. Eine wirksame Sicherung des Binnenmarktes ist gegenwärtig nicht abzusehen. Mit dem Bekenntnis zum Freihandel kontrastiert die Praxis eines zunehmenden Protektionismus innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft.
- Die Reformbedürftigkeit des EG-Agrarmarktes steht außer Zweifel. Die EG-Organe selbst bringen entsprechende Vorschläge in die Diskussion¹⁰. Bisher fehlt es offenbar an der notwendigen politischen Kraft, in dem hemmenden Geflecht höchst unterschiedlicher Interessen wirklich wirksame Korrekturen vorzunehmen.
- Das gewachsene politische Selbstbewußtsein des Europäischen Parlaments manifestiert sich auch in nachhaltigen Forderungen nach Kompetenzerweiterungen. Bisher wurden diese Ambitionen nicht realisiert¹¹, aber die Diskussion geht weiter. Auch die Schwächen des Parlaments sind nicht zu übersehen: mangelnde Gradlinigkeit des Kurses und fehlende Konzentration auf die politischen Schwerpunkte.
- Die Europäische Gemeinschaft hat ein prinzipielles ‚Ja‘ zur Süderweiterung ausgesprochen. Die Beitrittsverhandlungen verzögern sich jedoch angesichts wachsender Widerstände in einzelnen EG-Staaten, insbesondere in Frankreich. Ein konkreter Termin des Beitritts von Spanien und Portugal ist nicht auszumachen¹².
- Die Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft wird oft als vorbildlich und zukunftsorientiert gelobt. Dennoch hat die Kommission nun eine Neuorientierung vorgeschlagen, die insbesondere eine Erhöhung der Mittel vorsieht und Fehlentwicklungen bei der Nahrungsmittelversorgung korrigieren will¹³.

Dies alles sind Momentaufnahmen des Übergangs; Fragestellungen, Problemlösungen, Absichten sind im Fluß. Geradezu symbolhaft verdichtet sich diese Erfahrung im Jahr 1982 an drei strukturell verankerten Fällen, die eine eingehendere Analyse verdienen: die Mehrheitsentscheidung im Ministerrat vom 18. Mai 1982, die Haushaltsproblematik und die außenpolitischen Spannungsfelder.

ÜBERGANGSSTRUKTUREN

Die Mehrheitsentscheidung im Ministerrat am 18. Mai 1982

Zu den schwerwiegenden Defekten im politischen Entscheidungsprozeß der Europäischen Gemeinschaft gehört die Praxis des Einstimmigkeitsprinzips im Ministerrat. Die Römischen Verträge sehen in vielen präzise klassifizierten Fällen Mehrheitsentscheidungen des Ministerrats vor. Als diese Regelung der

Verträge nach einer festgelegten Übergangszeit für die Fixierung von Agrarpreisen inkrafttreten sollte, verhinderte dies Frankreich im Juli 1965, indem es mit seiner ‚Politik des leeren Stuhls‘ nicht mehr an den Beratungen des Ministerrates teilnahm. Im sogenannten ‚Luxemburger Kompromiß‘ vom 29. Januar 1966 einigte man sich auf die Fortsetzung der Zusammenarbeit, bei Respektierung der französischen Haltung und bei Fortbestehen des Dissenses über die Möglichkeiten und Grenzen von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat¹⁴. In der politischen Praxis bedeutete dies, zu verhandeln bis die Einstimmigkeit gegeben war. Die Konsequenz dieser Regelung heißt: langwierige Prozeduren mit der Einigung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner.

Am 18. Mai 1982 ist der Ministerrat in einem spektakulären Fall von dieser Praxis abgewichen. Die Agrarpreise für das Wirtschaftsjahr 1982/83 wurden von den zuständigen Ministern mit 7:0 Stimmen beschlossen. England, Dänemark und Griechenland nahmen an der Abstimmung nicht teil, weil sie im Vorgang der Abstimmung eine Verletzung des ‚Luxemburger Kompromisses‘ sahen. Damit ist im Blick auf den ‚Luxemburger Kompromiß‘ erstmals ein Mehrheitsbeschuß in einer solch essentiellen Frage gefaßt worden – ein Vorgang, der das institutionelle Gefüge der Gemeinschaft verändert. Zwar ist nicht anzunehmen, daß der Ministerrat nun generell zu den vertraglich vorgesehenen Mehrheitsentscheidungen findet; aber die Mehrheitsentscheidung besteht von nun an als gemeinschaftsorientierte Möglichkeit. Eine subtile Verschiebung der politischen Akzente hat mit dem 18. Mai 1982 stattgefunden: Die Feststellung des Gemeinschaftswillens wird weder schematisch unter das kompromißlose Diktat der Mehrheit, aber auch nicht mehr automatisch dem Veto der Minderheit unterworfen.

Dieser außerordentliche Vorgang vom 18. Mai 1982 ist wohl nur nachzuvollziehen, wenn man sich die zeitliche und politisch-atmosphärische Verquickung von drei gewichtigen Problemstellungen im Frühjahr 1982 vor Augen führt:

- die gemeinschaftliche Haltung im Falkland-Konflikt,
- die Verhandlungen um den Beitragsausgleich für Großbritannien,
- die Festsetzung der Agrarpreise.

Im Mai 1982 bestand in allen drei Bereichen ein hoher Entscheidungsbedarf¹⁵. Unterschiedliche Positionen der Regierungen mußten auf einen Nenner gebracht werden.

Der Falkland-Konflikt

Im Unterschied zur Verhaltensweise in anderen internationalen Spannungsfällen (Polen, Iran, Afghanistan)¹⁶ war die Europäische Gemeinschaft im Falkland-Konflikt¹⁷ zu ausgesprochen raschen und markanten Entscheidungen fähig¹⁸. Am 2. April 1982 besetzte Argentinien die Falkland-Inseln; unmittelbar darauf verurteilte die Gemeinschaft die Invasion in einer gemeinsamen Erklärung¹⁹. Am 6. April bat die britische Regierung ihre EG-Partner um Unterstützung. Dabei war für die Gemeinschaft zunächst zu klären, ob es sich um Einzel-

maßnahmen der Regierungen oder um eine Gemeinschaftsaktion handeln solle. Im Falle einer Gemeinschaftsaktion war zu klären, auf welcher Rechtsgrundlage reagiert werden müsse: als handelspolitische Maßnahme nach Art. 113 EWG-Vertrag, als Koordinierung im Falle der Kriegsgefahr nach Art. 224 EWG-Vertrag oder im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ). Am 9. April erfolgte dazu – nach anfänglichem Zögern auf französischer, dänischer, italienischer und deutscher Seite – eine Vorentscheidung, indem die Kommission einen Vorschlag für ein vorübergehendes Einfuhrverbot von Waren aus Argentinien vorlegte. Am 10. April veröffentlichte die Gemeinschaft eine Erklärung²⁰, in der ein komplettes Embargo bei allen Ausfuhren von Waffen und militärischem Gerät nach Argentinien sowie ein Verbot aller Importe aus Argentinien in die Europäische Gemeinschaft ausgesprochen wurde. Unklar blieb die Erklärung in dem zentralen Punkt von Zeitdauer und Reichweite des Importstopps: „Sie werden gleichfalls die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um alle Einfuhren argentinischen Ursprungs in die Gemeinschaft zu verbieten“. Am 16.4.1982 wurde dies im schriftlichen Beschlußverfahren formalisiert und präzisiert²¹. Die Gemeinschaft verhängte nach Art. 113 EWG-Vertrag den Importboykott für die Dauer von vier Wochen.

Diese profilierte Position der Gemeinschaft überraschte weltweit. Offenbar waren die internationalen Erwartungen im Blick auf das Solidarisierungsvermögen der EG-Mitglieder inzwischen stark reduziert. Grundsätzlich interessant erscheint dabei – neben der prinzipiellen Einigungsfähigkeit der Gemeinschaft in einem internationalen Konfliktfall –, daß die Gemeinschaft ihr handelspolitisches Instrumentarium zu außenpolitischen Zwecken einsetzte. Die Trennung zwischen EPZ und EG zeigt in solchen angespannten Situationen im übrigen die ganze Künstlichkeit ihrer Konstruktion. Das eigentliche Krisenmanagement ist in diesen Tagen von der EG-Kommission und den ständigen Vertretern durchgeführt worden.

Dennoch ist die Bedeutung dieser Gemeinschaftsaktion durch eine Reihe von Gesichtspunkten zu relativieren: Das Volumen der unmittelbar tangierten wirtschaftlichen Interessen hielt sich sehr in Grenzen; es belief sich auf ca. 4,5 Mrd. DM. Die Gemeinschaft einigte sich – sieht man von militärischem Gerät ab – nicht auf ein Ausfuhrernbargo, sondern lediglich auf einen Einfuhrstopp. Zudem waren davon nur leicht substituierbare Güter wie Fleisch, Wolle und Obst betroffen. Darüber hinaus handelte es sich beim Kontrahenten Argentinien um einen Akteur von vergleichsweise geringem internationalen Gewicht.

Die Gemeinschaft hoffte bei ihren Sanktionen auf relativ kurzfristige Wirkungen. Wegen der möglichen Umgehungen erweisen sich langfristige Embargo-Maßnahmen als stumpfe Waffen. Durch die Begrenzung auf vier Wochen hatte sich die Gemeinschaft zudem selbst unter Zeitdruck gesetzt, nämlich relativ bald über die Verlängerung des Embargos befinden zu müssen. Nach der militärischen Eskalation im Südatlantik durch das Eingreifen der englischen

Truppen zeigten sich frühzeitig erste Risse in der Solidarisierung der Europäischen Gemeinschaft: Insbesondere Irland und Dänemark signalisierten bereits Anfang Mai, daß nunmehr eine Aufhebung der Sanktionen geboten sei²². Zweifel an der Verhältnismäßigkeit der Mittel wurden aber auch in den übrigen Mitgliedsländern laut. Bei der EG-Entscheidung, wirtschaftliche Sanktionen zu erlassen, habe niemand mit kriegerischen Handlungen Englands gerechnet: „So war es nicht gemeint“²³. Die Vertreter Englands machten jedoch deutlich, daß sie eine Verlängerung des Importstopps um weitere vier Wochen erwarteten.

In dieser gereizten Atmosphäre, in der England die Solidarisierungswilligkeit der EG-Partner bis an die Grenzen zu strapazieren schien, fanden zeitlich parallel Verhandlungen um die Agrarpreise und die englische Haushaltsentlastung statt, bei denen sich die Engländer weiterhin höchst resistent zeigten. In den ersten Mai-Wochen zeichnete sich ab, daß die Mehrheit der EG-Mitglieder trotz erheblicher Bedenken zu einer Verlängerung der Sanktionen bereit sein könnte – in der Erwartung eines englischen Einlenkens in den Haushalts- und Agrarfragen. Solidarisierung sollte nicht zur Einbahnstraße verkümmern.

Am 16. Mai trafen sich die zehn EG-Außenminister, um über die Verlängerung des Einfuhrstopps und den englischen Haushaltsbeitrag zu verhandeln; für den 18. Mai war der Agrarministerrat zur Festsetzung der Agrar-Preise eingeladen. In solchen Zeiten dichter Entscheidungsfindung ist die beste Gelegenheit, Verhandlungspakete zu schnüren. England war nicht zu einem Nachgeben in der Beitragsfrage bereit. Die Außenminister verlängerten die Sanktionen nur für eine Woche – Italien und Irland scherten allerdings aus. Am 24. Mai schließlich wurde der Importstopp – ohne Italien, Irland und Dänemark – auf unbestimmte Zeit verlängert, bis er schließlich am 22. Juni nach Ende der Feindseligkeiten im Südatlantik aufgehoben wurde²⁴.

Der Beitragsausgleich für Großbritannien

Seit Jahren ist die Europäische Gemeinschaft mit dem Problem belastet, daß der englische Anteil an der EG-Finanzierung überproportional hoch ausfällt. Die Ursache dafür liegt in der Organisation des Agrarmarktes, der Staaten mit hohen Nahrungsmiteleinfuhrten – wie England – kaum mit finanziellen Ausgleichszahlungen bedenkt. Im englischen Finanzproblem verquicken sich Fragen der Finanzverfassung mit den Notwendigkeiten einer Reform des Agrarmarktes – was die besondere Schwierigkeit des Themas ausmacht²⁵. Bisher war die Gemeinschaft zu einer strukturellen Lösung nicht in der Lage; sie hat lediglich zeitlich begrenzte Ausgleichszahlungen an England vorgenommen.

Anfang des Jahres 1982 stand das Thema ‚Haushaltsausgleich für England‘ wieder auf der Tagesordnung. Höhe und Dauer der Regelung blieben bis zum Mai strittig. Die konziliante Haltung der Engländer im zweiten Halbjahr 1981 wich im ersten Halbjahr 1982 wieder einer härteren Gangart. London führte in

dieser Auseinandersetzung ein besonderes Druckmittel ein: Die englische Regierung blockierte die zum 1. April 1982 fällige Erhöhung der Agrarpreise. Ohne Einigung über seine finanzielle Entlastung wollte es keine Zustimmung zu den Agrarpreisen geben. Vor dem Hintergrund der gleichzeitig praktizierten EG-Solidarität im Falkland-Konflikt löste diese rigide Position bei den westeuropäischen Regierungen drängend-unruhige Verärgerungen aus. In der Außenminister-Beratung am Abend des 17. Mai 1982 bewegte sich nichts.

Erst nach der Ministerrats-Entscheidung über die Agrarpreise vom 18. Mai kam es zur Einigung. Am 25. Mai einigte man sich auf eine Rückzahlung an England für das Jahr 1982 in Höhe von 850 Millionen ECU. Die englische Regierung hatte offenbar nach der Mehrheitsentscheidung des Ministerrates in Sachen Agrarpreise gegen sie die Aussichtslosigkeit ihrer Maximalpositionen (5 bis 7-jährige Lösung, Rückerstattung nicht unter einer Milliarde ECU) eingesehen. Die Gemeinschaft konnte so eine kurze Atempause im Budgetstreit erzielen.

Die Festsetzung der Agrarpreise

Die Landwirtschaftsminister waren nicht in der Lage, sich bis zum vorgesehenen Stichtag 1. April 1982 auf die Agrarpreise zu einigen²⁶. Die Tagungen des Agrarministerrates im April und Anfang Mai brachten zwar Annäherungen in einzelnen Sachproblemen, aber nicht eine abschließende Entscheidung. Noch in der Tagung des Ministerrates am 10. Mai 1982 erklärte die damalige französische Landwirtschaftsministerin Edith Cresson, wenn ein Mitglied die Preisbeschlüsse zu einem wichtigen nationalen Interesse erkläre, dann könne es keine Abstimmung geben. „Der Luxemburger Kompromiß wird nicht angerührt“²⁷. Zunächst konnte man meinen, Zeuge des üblichen Pokerns um die Agrarpreise zu sein. Eine neue Dimension erhielt das Thema allerdings, als die Engländer eine Blockade der Agrarpreise zum Vehikel ihrer Haushaltsforderungen machten. Das Veto der Engländer sollte also als Hebel für Forderungen dienen, die gar nicht in einem direkten Zusammenhang mit der Entscheidungsmaterie stand. Beide Komponenten wurden dann noch verbunden mit dem strapazierten Solidaritätswillen der übrigen EG-Partner wegen des Falkland-Konflikts. Im Vorfeld der Entscheidung des 18. Mai war deutlich zu spüren, daß eine spezifische Mischung aus Verärgerung, Befürchtung einer totalen Lähmung der EG und Besorgnis, selbst einmal Opfer einer Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip zu werden, entstanden war. Am 18. Mai 1982 entschied dann der Ministerrat mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit von 45 Stimmen (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien je 10 Stimmen; Belgien und Niederlande je 5 Stimmen; Irland 3 Stimmen und Luxemburg 2 Stimmen). England (10 Stimmen), Dänemark (3 Stimmen) und Griechenland (5 Stimmen) nahmen an der Abstimmung nicht teil. Wichtig und interessant ist vor allem die Interpretation, die Frankreich dieser Mehrheitsabstimmung gab. Die französische Regierung ließ erklären, der ‚Luxemburger Kompromiß‘ gebe jedem Mitglied

die Sicherheit, daß ihm keine Entscheidung aufgezwungen werde, gegen die es ein vitales Interesse vorbringen könne. Es könne aber nicht Sinn dieses Vorbehalts sein, einem Mitglied die Möglichkeit zu geben, das normale Funktionieren der Gemeinschaftsprozeduren zu verhindern²⁸. Frankreich hat damit seine Interpretation des ‚Luxemburger Kompromisses‘ gemeinschaftsfreundlich akzentuiert. Die langfristigen Folgen dieser Abstimmung für den Entscheidungsprozeß sind im einzelnen nicht abzusehen.

Zweifellos haben außergewöhnliche politische und atmosphärische Umstände wesentlich zu dem beachtlichen Schritt des Ministerrates beigetragen. Es ist zwar nicht anzunehmen, daß nunmehr Mehrheitsentscheidungen zur EG-Alltagserfahrung werden. Aber es ist ein Exempel statuiert worden. Allen Beteiligten ist klar, daß sie künftig ihre nationalen Interessen sorgfältiger europäisch kalkulieren müssen. Die Grenzen nationaler Intransigenz gegen Europa sind aufgezeigt – auch wenn im Alltag die Zurückhaltung gegen das Institut der Mehrheitsentscheidung nun eher noch gewachsen sein mag. Die Gemeinschaft ist nach dem 18. Mai nicht mehr identisch mit der Gemeinschaft vor dem 18. Mai 1982.

Die Haushaltsproblematik

Der Haushalt der Europäischen Gemeinschaft ist seit vielen Jahren mit strukturellen Defekten belastet²⁹, die inzwischen immer stärker in das Blickfeld des Interesses rücken:

- Das verfügbare Finanzvolumen erweist sich im Blick auf die anstehenden Aufgaben als sehr knapp bemessen. Die relativ hohen Agrarpreise auf dem Weltmarkt und die damit verbundenen niedrigeren Kosten für den EG-Agrarmarkt haben eine haushaltspolitische Atempause geschaffen. Es ist aber abzusehen, daß die Gemeinschaft bald – spätestens mit dem Beitritt Spaniens und Portugals – an die Grenzen ihrer Finanzierbarkeit stößt.
- Die Konzentration von ca. $\frac{2}{3}$ aller Haushaltsausgaben auf den Agrarmarkt grenzt die Möglichkeiten zu einer aktiven Europapolitik in den anderen Bereichen drastisch ein.
- Die Kompliziertheit des Haushaltsverfahrens macht eine rationale öffentliche Diskussion praktisch unmöglich. In einem Detail wurde allerdings 1982 ein Stück Klarheit geschaffen. Europäisches Parlament, Rat und Kommission einigten sich mit einer gemeinsamen Erklärung am 30.6.1982 auf eine verbindliche Klassifizierung der obligatorischen und nicht-obligatorischen Teile des Haushalts³⁰. Erstmals seit fünf Jahren hat das Europäische Parlament den Haushalt für das Jahr 1983 ohne tiefgreifende Schwierigkeiten verabschiedet³¹.
- Das Problem gerechter Finanzierungsanteile am EG-Haushalt ist nach wie vor nicht gelöst³². Insbesondere in den englischen Forderungen nach einem Finanzausgleich erlangt diese Schwierigkeit immer wieder neue öffentliche Aufmerksamkeit.

Von grundsätzlicher Bedeutung dürfte im Blick auf die langfristige Haushaltsreform die Entscheidung des Europäischen Parlaments gewesen sein, den Nachtragshaushalt für 1982, der die Ausgleichszahlungen für England enthielt, zurückzuweisen. Das Parlament wählte zu seiner politischen Attacke sehr präzise den neuralgischen Punkt der Ausgleichszahlungen: Das Problem Englands, als Nettozahler von der Europäischen Gemeinschaft sehr strapaziert zu werden, hat seine Ursache in der Struktur von Einnahmen und Ausgaben der Gemeinschaft. Da England kaum Agrarprodukte exportiert, erhält es auch nur vergleichsweise geringe Zahlungen aus den Kassen des EG-Agrarmarktes. Die Gemeinschaft hat bisher diese Frage als ein spezifisches nationales Problem Englands behandelt statt es als Ergebnis des EG-Finanzierungsmechanismus zu sehen und als Gemeinschaftsproblem zu definieren³³. Das Europäische Parlament hat nun bei seiner späteren Annahme des Nachtragshaushalts am 10. Februar 1983 klargestellt, daß es künftig nur noch gemeinschaftskonforme Korrekturen des Haushaltes zu bewilligen bereit sei. Das Parlament hat sich mit überwältigender Mehrheit dafür ausgesprochen, nie wieder eine solche spezifisch nationale Ausgleichszahlung zuzulassen³⁴.

Die Gemeinschaft ist damit zu einer Haushaltsstruktureform gezwungen, deren Umrisse gegenwärtig – trotz aller Diskussionen – noch nicht auszumachen sind. Die Kommission hat inzwischen in einem ‚Grünbuch‘ einen Vorschlag zur breiteren Diversifizierung der EG-Einnahmen vorgelegt³⁵. Aber auch dieser Vorschlag der Kommission ist bereits Teil einer kritisch-kontroversen Diskussion, deren Ergebnis und Ende nicht abzusehen ist.

Mögliche Bruchstellen der internationalen Konstellationen

Die Außenpolitik der Europäischen Gemeinschaft³⁶ war im Jahr 1982 mit einer Fülle von Fragestellungen befaßt: Polen, Naher Osten, Falkland . . . Licht und Schatten außenpolitischen Handlungsvermögens lagen da dicht beieinander. So wurde beispielsweise die zurückhaltende Reaktion der Europäischen Gemeinschaft vom 4. Januar 1982 auf die Ausrufung des Kriegszustandes in Polen³⁷ scharf kritisiert, gleichzeitig distanzierte sich jedoch das Mitgliedsland Griechenland von dieser gemeinsamen Erklärung³⁸ und minderte damit ihren Wert. Möglichkeiten und Grenzen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit³⁹ sind in diesem Ereignis wohl beispielhaft festgehalten.

Zwei Problembereiche aber gewinnen ein besonderes Gewicht, weil sich hier Verschiebungen und Verwerfungen in der Architektur der internationalen Beziehungen andeuten:

- die europäisch-amerikanischen Beziehungen,
- die europäisch-japanischen Beziehungen.

In beiden Bereichen geht es über die konkreten Entscheidungen des Alltags hinaus, um Veränderungen der politischen Kultur Westeuropas, die jene Beschwermissen der jüngsten Vergangenheit eigentlich konstituieren.

Die europäisch-amerikanischen Beziehungen

Das Verhältnis zwischen Europa und Amerika war noch nie problemfrei⁴⁰. Insofern könnte man auf den ersten Blick auch die Konflikte des Jahres 1982 fügenlos in die Tradition europäisch-amerikanischer Beziehungen einreihen: den Stahlstreit, die Kontroverse um das Erdgas-Röhren-Embargo, die Konflikte im Agrarsektor. Bei sorgfältigerem Studium der Lage wird jedoch unübersehbar, daß sich die Wandlungen des europäisch-amerikanischen Verhältnisses weniger an der Oberfläche spektakulärer Ereignisse ausmachen lassen, sondern in tiefer gehenden Veränderungen der politischen Kultur ihren Ursprung haben.

Konstituierendes Element der europäisch-amerikanischen Beziehungen nach dem zweiten Weltkrieg war der breite gesellschaftliche Konsens, gemeinsame Werte und Ziele zu vertreten. Gemeinsam wollte man der Expansion des Kommunismus Einhalt gebieten; gemeinsam wollte man Westeuropa wieder aufbauen; gemeinsame Anstrengungen sollten dem wirtschaftlichen Wohlstand in Westeuropa dienen. Weltweite amerikanische Ambitionen wurden durch die regionalen Anliegen Europas ergänzt.

Dieser europäisch-amerikanische Konsens zeigt heute Risse; seine Fundamente sind eindeutig dünner geworden. Nicht nur die inzwischen stärker differenzierten internationalen Konstellationen, nicht nur wirtschaftliche Schwierigkeiten, sondern vor allem Veränderungen in den subjektiven Vorstellungen machen den eigentlichen Wandel in den europäisch-amerikanischen Beziehungen aus. Ohne Zweifel ist die mentale Distanz vieler Europäer gegenüber den Amerikanern in den vergangenen Jahren gewachsen⁴¹. Von der Erfahrung des Vietnam-Krieges über den schwankenden Kurs verschiedener amerikanischer Präsidenten in der internationalen Politik bis hin zu den Befürchtungen in der Rüstungspolitik – viele amerikanische Dispositionen sind den Europäern fremder geworden. Das wechselseitige Verständnis besitzt nicht mehr die alte Toleranzbreite und die alte Reichweite. Die Gereiztheit des Alltags hat ihre Quellen in den Tiefendimensionen der Gesellschaften. Offenbar werden in Westeuropa Vertrauen und Mißtrauen im Blick auf den Ost-West-Konflikt neu gewichtet. Dies bedeutet: Das Vertrauen in die USA nimmt ab und Westeuropa versucht, eine eigenständigere Position zu beschreiben. Damit wird aber der Interpretationsrahmen für die Details der europäisch-amerikanischen Beziehungen verändert; jede Einzelheit erhält so ein neues Gewicht. Ob sich daraus eines Tages ein europäischer Sonderweg ergibt, entzieht sich unserem heutigen Urteil.

Die europäisch-japanischen Beziehungen

So wie sich die aktuellen europäisch-amerikanischen Entwicklungen nur als eine grundsätzliche Anfrage an die Werte-Fundamente des Westens voll begreifen lassen, so stehen auch hinter den europäisch-japanischen Schwierigkeiten grundsätzlichere Fragezeichen, als es zunächst die Schlagzeilen vermuten las-

sen⁴². Auf den ersten Blick geht es um die europäischen Versuche, auf die offensive japanische Wirtschaftsstrategie eine politische Antwort zu finden und nach Möglichkeit gemeinsam mit den Japanern festzulegen. Im Rahmen des handfesten ökonomischen Konflikts, bei dem die Europäische Gemeinschaft gegenüber Japan den Vorwurf der systematischen Abschottung des Marktes insbesondere durch nichttarifäre Handelshemmnisse erhob, konnten auch erste Erfolge für die Europäer erzielt werden: Japan hob etliche Handelshemmnisse auf; im Februar 1983 kam es im zentralen Problembereich – Fernseh- und Videogeräte – zu einer Selbstbeschränkungsverabredung, nach der die Japaner den Export für 1983 auf maximal 4.55 Millionen Geräte begrenzen.

Interessant erscheint in diesem Zusammenhang, daß die Gemeinschaft mit den Japanern ein solches Arrangement trifft und auch als Erfolg feiert, das – wie das Stahlarrangement mit den USA – eindeutig protektionistischen Charakter besitzt. Die politische Rhetorik der Europäischen Gemeinschaft aber bleibt vom feierlichen Postulat des uneingeschränkten Freihandels erfüllt. Offenbar wird in Zeiten wirtschaftlicher Krisen der protektionistische Ausweg dann doch als das geringere Übel angesehen. Aber er verschafft letztlich nur eine kurze Atempause – der überragende Druck zur Modernisierung der Wirtschaft Westeuropas durch die internationale Konkurrenz bleibt bestehen. Insofern geht die eigenartige Spannung zwischen Westeuropa und Japan über den Horizont ökonomischer Statistiken hinaus. Sie ist im Grunde die Anfrage an Westeuropa, ob es sich der Notwendigkeit der Modernisierung stellen will oder nicht.

Unübersehbar ist in Westeuropa die diffuse, unbehagliche Skepsis gegenüber der weiteren Entwicklung der modernen Industriegesellschaft⁴³. Die konkret erfahrbaren Erscheinungsformen dieser Industriegesellschaft lassen ganz zwangsläufig die Distanz zwischen dem einzelnen Bürger und der modernen Massenzivilisation wachsen: Die technologische Produktion bedingt relativ anonyme soziale Beziehungen; die Trennung von Arbeit und Privatleben wird tiefer; Bürokratien breiten sich aus; der Alltag des Bürgers zerfällt in sehr unterschiedliche und oft sogar gegensätzliche Erfahrungswelten. Wie soll der moderne Mensch unter solchen Bedingungen eine Identität entwickeln, die ihn mit gelassenem Selbstbewußtsein seinen Standort bestimmen und die Zukunft souverän bewältigen läßt? Von dieser Identitätskrise ist es dann nur ein kurzer Schritt zu dem Versuch, aus dem Sog der Massenzivilisation auszubrechen, aus der Unüberschaubarkeit der Industriegesellschaft gewissermaßen auszusteigen. Das Rezept erscheint für manchen relativ einfach: Gegen Bürokratie und Technologie, gegen Anonymität und rationale Organisation wird die Sehnsucht nach der einfachen Gesellschaft gesetzt; gegen Planung wird die Spontaneität, gegen Berechenbarkeit das Gefühl, gegen Modernisierung die Entmodernisierung gestellt.

Japan ist wohl die sinnfälligste Anfrage an Westeuropa, welcher Perspektive – Modernisierung, Stagnation und Abschottung oder gar Entmodernisierung –

es folgen will. Dabei gilt es ganz nüchtern, die westeuropäischen Grundgegebenheiten zu beachten: Dies ist eine rohstoffarme Region, die ihre Vorteile aus der internationalen Verflechtung zieht und sich daher wohl der internationalen Konkurrenz stellen muß. Dies ist eine Region, deren wirtschaftlicher Wohlstand, deren soziale Sicherheit davon abhängen, daß sie anderen Ländern in den Kenntnissen und Fertigkeiten immer einen Schritt voraus ist.

In den beiden schwerwiegenden Problembereichen der westeuropäischen Außenpolitik – in den europäisch-amerikanischen und den europäisch-japanischen Beziehungen – geht die Tragweite der Aufgaben weit über die Grenzen klassischer Außenpolitik hinaus. Es sind letztlich geistig-politische Anfragen an die eigentliche Substanz des europäischen Einigungsprozesses. Sie stellen die Frage nach den Werten und dem Modernisierungswillen Westeuropas. Und in beiden Bereichen ist die weitere Entwicklung nicht eindeutig kalkulierbar: ob sich die Risse zwischen Westeuropa und Nordamerika ausdehnen oder schließen? Ob sich Westeuropa der japanischen Herausforderung zur Modernisierung stellt oder zu entziehen versucht? Die Antworten, die die Europäische Gemeinschaft künftig auf beide Fragen formulieren wird, werden wohl das Schicksal dieses Kontinents bestimmen.

ZUKUNFTSAHNUNGEN

Was soll nun aus Europa werden? Ratlosigkeit hat sich längst eingenistet. EG-Kommissionspräsident Gaston Thorn stellt fest: „So wie jetzt geht es in der EG nicht weiter“⁴⁴. In seiner Rede beim Festakt anlässlich des 25. Jahrestages der Unterzeichnung der Verträge von Rom geißelt er die Hilflosigkeit und Ohnmacht Europas, spricht von entstandenen Grauzonen: „Zusammenhanglosigkeit und Verschwommenheit der Regeln des pragmatischen Handelns setzen sich dann gegenüber den Institutionen und den Spielregeln der Verträge durch. Überrascht es Sie, wenn ich Ihnen sage, daß wir, so wie ich die Dinge sehe, jenes Stadium erreicht haben, in dem wir den Wildwuchs sichten und wieder Ordnung in das europäische Einigungswerk bringen müssen, um Klarheit zu schaffen für den Eintritt in eine neue Phase des Einigungsprozesses?“⁴⁵ Den Wildwuchs sichten, wieder in Ordnung bringen, Klarheit schaffen, in eine neue Phase eintreten? Diffuse Unbehaglichkeit paart sich mit Umrissen von Zukunftsaahnungen.

Neben diesen bekannten Klagen der europapolitisch Verantwortlichen geht die Reformdiskussion der Gemeinschaft weiter – bisher ohne wirklich greifbare Ergebnisse, eher als eine Geschichte verpaßter Chancen⁴⁶. Auch 1982 sind die ausgelegten Fäden der Reformdiskussion weitergesponnen worden. Grundlage waren der Bericht der Kommission zum Mandat vom 30. Mai 1980, der deutsch-italienische Vorschlag einer Europäischen Akte und schließlich die Reformberichte des Europäischen Parlaments, insbesondere die Beratungen seines institutionellen Ausschusses über eine mögliche Europäische Verfassung⁴⁷. Vor allem das Europäische Parlament drängt unter dem Erfolgsdruck der 1984

anstehenden zweiten Direktwahl auf plakative Fortschritte⁴⁸. Aber aus alledem läßt sich keine klare Zukunftsperspektive ablesen.

Verästelte Einzelfragen und hochkomplizierte Entscheidungsfindungen verstellen seit langem den Blick auf die großen Linien und konzeptionellen Zusammenhänge. Fast unbemerkt ist die Diskussion um die großen europapolitischen Entwürfe im hektischen Ringen um Millimeter-Entscheidungen versandet⁴⁹. Es bedarf schon eines historisch geschärften Erinnerungsvermögens, um sich die wesentlichen geistig-politischen Kontroversen um die Einigung Europas zu vergegenwärtigen: Föderalismus oder Funktionalismus, Nation oder Integration, Freihandelszone oder Zollunion, Konstitutionalismus oder Konzert der Staaten, westeuropäische Einheit oder gesamteuropäische Lösung, kontinental-europäischer Ansatz oder atlantische Perspektive. Diese grundlegenden Alternativen entsprangen in der Gründungsphase des europäischen Einigungswerkes nicht einfach den Stimmungen des Augenblicks, sondern sie waren eingebettet in die breiten kulturellen Traditionsströme des 19. und 20. Jahrhunderts. Sie boten europapolitische Orientierungen; sie stellten ein Arsenal von Maßstäben und Kriterien bereit – auch dort, wo sie nicht realisiert wurden oder wo man kritischen Widerspruch anmeldete. Denn die tagespolitischen Einzelentscheidungen konnten in Bezug gesetzt werden zu diesen größeren Interpretationsrahmen, in denen sie einzuordnen und in denen ihre Wichtigkeit zu bemessen war.

Dies alles soll nun nicht bedeuten, daß der konkrete Verlauf der integrationspolitischen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg aus einem konzisen Konzept heraus erfolgte und einen einfach in sich schlüssigen geistigen Entwurf realisierte. Dazu waren zu unterschiedliche Interessen und Wünsche am Werk. Es kennzeichnet geradezu den Schlüssel zu den Integrationserfolgen der Nachkriegszeit, daß der Gedanke der Europäischen Einigung zu keinem Zeitpunkt mit nur einem einzigen politischen Konzept gekoppelt war. Ohne eine starre Fixierung an ein geschlossenes Modell konnte der Einigungsprozeß je nach gegebener Situation an völlig unterschiedlichen Materien der Politik ansetzen und von dort aus neue Fortschritte erzielen. Dieser pragmatisch experimentierende Grundzug kennzeichnet so die Europapolitik seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Und dennoch klafft eine tiefe Kluft zwischen dem Pragmatismus der Gründergeneration und dem europapolitischen Pragmatismus unserer Tage; denn jener war das Resultat auch geistiger Spannungen und konzeptioneller Auseinandersetzungen um den sinnvollsten Entwurf für das Einigungswerk. Die Gründergeneration konnte zum Pragmatismus finden aus dem Abwägen zwischen ganz unterschiedlichen Wegweisungen; der Pragmatismus der achtziger Jahre muß ohne solche Leitlinien und Fundamente auskommen. Er gerinnt zum tagespolitischen Kampf um kleine Platzvorteile, ohne die orientierende Hilfe der langfristigen Perspektive. Ohne die konzeptionellen Bezugssysteme werden die einzelnen europapolitischen Pflöcke aus ihrer Verankerung gerissen, treiben gewissermaßen ziellos und richtungslos an der Oberfläche der Ereignisse.

Wen kann es vor diesem Hintergrund wundern, daß Europa weniger an der Divergenz der Ideen, sondern eher an mangelnder konzeptioneller Bindewirkung, an geistig-politischer Langeweile und daraus resultierender Orientierungskrise leidet?

Anmerkungen

- 1 Als historische Untersuchung zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften vgl. Hanns Jürgen Küsters, Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Baden-Baden 1982; Peter Weilemann, Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft, Baden-Baden 1983; Hans von der Groeben, Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft. Das Ringen um den Gemeinsamen Markt und die politische Union (1958–1966), Baden-Baden 1983.
- 2 So die Rede Gaston Thorns am 29.3.1982 bei einem Festakt anlässlich des 25. Jahrestages der Unterzeichnung der Verträge von Rom, abgedruckt in: Europa-Archiv, Bonn 1982, Folge 9, S. D. 223–225.
- 3 Zum aktuellen europapolitischen Forschungsstand siehe als Überblick: Roy Price, Zum aktuellen Forschungsstand über die europäische Integration in Westeuropa, in: Integration, Institut für Europäische Politik, Bonn 1982, H. 4, S. 164–177.
- 4 Roland Biber u.a., Das Europa der zweiten Generation, 2 Bde., Baden-Baden/Straßburg 1981.
- 5 Interessante Hinweise aus der Sicht eines Zeitzeugen bei Hans von der Groeben, Zum 25. Jahrestag der Unterzeichnung der Rom-Verträge, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 12/1982 zu Das Parlament, Bonn, 27. März 1982, S. 3–16.
- 6 Zum wesentlichen Datenmaterial vgl. den Jahreswirtschaftsbericht 1982/83 und die Jahreswirtschaftsübersicht 1982/83 der EG, abgedruckt in: Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Europäische Wirtschaft Nr. 14, Brüssel/Luxemburg 1982; zu den Grundlagen siehe auch: Die Wirtschaft der Europäischen Gemeinschaft, Europäische Dokumentation 1–2/1982, Luxemburg 1982; vgl. ergänzend dazu Peter-W. Schlüter, Wirtschafts- und Währungspolitik, in diesem Band.
- 7 Karl-Heinz Narjes in: Die Welt v. 6.3.1982; vgl. für einen spezifischen Sektor ergänzend ders., Lebensmittelrecht und Gemeinsamer Markt, in: Schriftenreihe des Bundes für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde, Hamburg 1982, H. 100, S. 33–51; vgl. zusätzlich Heinrich von Moltke, Binnenmarktpolitik, in diesem Band.
- 8 Siehe VWD-Europa, Nr. 30/83 v. 12.2.1983.
- 9 Vgl. aktuell u.a. Jörg Thalmann, Der ‚freie Warenverkehr‘ wird immer weniger frei, in: EG-Magazin, Bonn 1982, H. 12, S. 3f.; zu den grundsätzlichen Gesichtspunkten siehe jetzt Gert Meier, Institutionelle Aspekte der Beseitigung von Handelshemmnissen im Gemeinsamen Markt in: Europarecht, Baden-Baden 1982, H. 2, S. 154–163; Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat über die Wiederbelebung des europäischen Binnenmarktes, Dok. KOM (82) 735 endg. v. 12.11.1982.
- 10 Vgl. z.B. den Bericht der Kommission zum Mandat vom 30. Mai 1980, abgedruckt als Dokument Nr. 2 in: Werner Weidenfeld u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 1981, Bonn 1982, S. 484–495; siehe ergänzend Winfried von Urff, Agrar- und Fischereipolitik, in diesem Band.
- 11 Vgl. u.a. Thomas Läufer, Die politische Rolle des Europäischen Parlaments, in: Europa-Archiv, Bonn 1982, Folge 13, S. 397–404; zu weitergehenden Gesichtspunkten siehe Hans Rattinger, Abstimmungsmacht, politische Distanzen und Abstimmungscoalitionen zwischen den Fraktionen im Europäischen Parlament, in: Zeitschrift für Soziologie, Stuttgart 1982, H. 2, S. 133–149; Cesare Merlini, Die Europäische Gemeinschaft vor den Herausforderungen unserer Zeit, Überlegungen zur Reform der Institutionen, in: Europa-Archiv, Bonn 1981, Folge 24, S. 729–736; vgl. ergänzend dazu Claus Schöndube, Das Europäische Parlament, in diesem Band.

- 12 Zur Gesamtproblematik vgl. Christian Deubner, Spanien und Portugal: Der unsichere ‚Europäische Konsens‘. Der Beitritt zur EG als soziales und innenpolitisches Problem, Baden-Baden 1982; Gerhard Grohs u.a., Portugals Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft, Bonn 1982; Beate Kohler, Politischer Umbruch in Südeuropa, Portugal, Griechenland und Spanien auf dem Weg zur Demokratie, Bonn 1981; Antonio Sánchez-Gijón, Spanien vor dem Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften und zum Atlantischen Bündnis, in: Europa-Archiv, Bonn 1982, Folge 9, S. 268–276; Hans R. Krämer, Die Mittelmeerpolitik der Europäischen Gemeinschaft. Auf der Suche nach einem Globalkonzept, in: Europa-Archiv, Bonn 1982, Folge 22, S. 665–672; Mitteilung der Kommission an den Rat über die Durchführung einer Mittelmeerpolitik der Erweiterten Gemeinschaft, Dok. KOM (82) 353 endg. v. 24.6.1982; Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat, Erweiterungsprobleme: Bestandsaufnahme und Vorschläge, Dok. KOM (82) 757 endg. v. 15.11.1982; Europäisches Parlament, Zwischenbericht im Namen des Politischen Ausschusses über die Erweiterung der Gemeinschaft um Spanien und Portugal, Dok. EP 1–568/82 v. 4.10.1982; Wirtschafts- und Sozialausschuß, Landwirtschaftliche Aspekte des Beitritts Spaniens, Brüssel 1982; siehe auch Peter Frey, Spanien und Portugal, in diesem Band.
- 13 Memorandum zur Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft, Dok. KOM (82) 640 endg. v. 5.10.1982, Dok. Nr. 10 in diesem Band; siehe ergänzend dazu Otto Schmuck, Entwicklungspolitik, in diesem Band.
- 14 Zu den Entscheidungsprozeduren vgl. Christoph Sasse, Regierungen, Parlamente, Ministerrat. Entscheidungsprozesse in der Europäischen Gemeinschaft, Bonn 1975.
- 15 Zu den Hintergründen vgl. Carl A. Ehrhardt, EG-Konfrontation mit Großbritannien, in: Außenpolitik, Hamburg 1982, H. 3, S. 225–242.
- 16 Vgl. zur grundsätzlichen Dimension dieser Krisen Werner Weidenfeld, Europa vor den neuen Krisen der Weltpolitik, in: Außenpolitik, Hamburg 1980, H. 4, S. 386–393.
- 17 Zum Falkland-Konflikt siehe Houchang E. Chehabi, Die Falkland-Affäre – ein Einzelfall? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage 46/1982 zu Das Parlament, Bonn, 20.11.1982, S. 33–36; Wolfgang Wagner, Der Konflikt um die Falkland-Inseln. Ein Streit um die hergebrachte Weltordnung, in: Europa-Archiv, Bonn 1982, Folge 17, S. 509–516; siehe auch: Der Falkland-Konflikt und seine Folgen: Bewertung aus der Sicht beider Seiten, in: Europa-Archiv, Bonn 1982, Folge 23, S. 689–704.
- 18 Vgl. u.a. Ehrhardt, a.a.O.; Eberhard Rhein, Die Europäische Gemeinschaft und der Streit um die Falkland-Inseln, in: EG-Magazin, Bonn 1982, H. 5, S. 4f.; vgl. ergänzend dazu Eberhard Rhein, Außenbeziehungen, in diesem Band.
- 19 Erklärung zum Falkland-Konflikt v. 2.4.1982, Dokument Nr. 3 in diesem Band.
- 20 Erklärung zum Falkland-Konflikt v. 10.4.1982, Dokument Nr. 4 in diesem Band.
- 21 Siehe ABl. der EG, L 102/1 v. 16.4.1982.
- 22 Siehe Neue Zürcher Zeitung v. 7.5.1982; Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 6.5.1982 u. 8.5.1982; Die Welt v. 6.5.1982.
- 23 Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 8.5.1982.
- 24 Erklärung zum Ende des Falkland-Konflikts v. 21.6.1982, Dokument Nr. 6 in diesem Band.
- 25 Zu den Grundlagen siehe Angela Nottelmann, Der Haushalt der Europäischen Gemeinschaften, Probleme und Reformvorstellungen, Hamburg 1982; Christopher Tugendhat, Der Haushalt der Europäischen Gemeinschaften im Widerstreit der Institutionen, in: Europa-Archiv, Bonn 1980, Folge 9, S. 289–299; Roland Wartenweiler, Ungleichgewichte in den EG-Finanzstrukturen, in: Europa-Archiv, Bonn 1980, Folge 17, S. 521–528; vgl. ergänzend dazu Thomas Läufer, Haushaltspolitik, in diesem Band.
- 26 Vgl. ergänzend dazu Winfried von Urff, Agrar- und Fischereipolitik, in diesem Band.
- 27 Zitiert bei Ehrhardt, a.a.O., S. 239.
- 28 Zitiert ebda., S. 240.
- 29 Vgl. u.a. Nottelmann, a.a.O.; Roland Bieber, Die Ausgaben der Europäischen Gemeinschaften, in: Europarecht, Baden-Baden 1982, H. 2, S. 115–132; Andrew Edwards, Der Haushalt der Europäischen Gemein-

- schaft: das Konzept der Nettositionen, in: Europa-Archiv, Bonn 1982, Folge 24, S. 747-756; vgl. ergänzend dazu Thomas Läufer, Haushaltspolitik, in diesem Band.
- 30 Siehe ABl. der EG, C 194 v. 28.7.1982, S. 1-38.
- 31 Vgl. VWD-Europa, Nr. 245 v. 21.12.1982 u. Nr. 246 v. 22.12.1982.
- 32 Zur Untersuchung dieser Frage im Blick auf die Position der Bundesrepublik Deutschland siehe jetzt Bernhard May, Kosten und Nutzen der Deutschen EG-Mitgliedschaft, Bonn 1982; weiterführend Werner J. Feld, West-Germany and the European Community, Changing Interests and Competing Policy Objectives, New York 1981.
- 33 Vgl. dazu die Kritik in: Werner Weidenfeld, Die Bilanz der Europäischen Integration 1981, in: Werner Weidenfeld u. Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der Europäischen Integration 1981, Bonn 1982, S. 13-40.
- 34 Vgl. Das Europäische Parlament im Plenum, Nr. 2/1983, S. If. und ergänzend Claus Schöndube, Das Europäische Parlament, in diesem Band.
- 35 Siehe VWD-Europa, Nr. 26 v. 8.2.1983; Grünbuch zur künftigen Finanzierung der Gemeinschaft, Dok. KOM (83) 10 endg. v. 4.2.1983.
- 36 Vgl. ergänzend dazu Wolfgang Wessels, Die Europäische Politische Zusammenarbeit, und Eberhard Rhein, Außenbeziehungen, in diesem Band; siehe außerdem Reinhardt Rummel, Zusammengesetzte Außenpolitik. Westeuropa als internationaler Akteur, Kehl/ Straßburg 1982.
- 37 Dokument Nr. 1 in diesem Band.
- 38 Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 7.1.1982.
- 39 Zur Grundsatzproblematik der Europäischen Politischen Zusammenarbeit vgl. Rummel, a.a.O.; Wolfgang Wessels, Theoretische Ansätze zur Erklärung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit, Mschr. Manuskript für den Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Berlin 1982; siehe auch Paul Taylor, Intergovernmentalism in the European Communities in the 1970's: patterns and perspectives, in: International Organization, Boston 1982, Vol. 36, S. 741-766.
- 40 Vgl. u.a. Karl Kaiser u. Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Amerika und Westeuropa, Gegenwarts- und Zukunftsprobleme, Stuttgart/Zürich 1977; W.R. Smyser, Deutsch-amerikanische Beziehungen, Bonn 1980; Stanley Hoffmann, Driftet das Bündnis auseinander? In: Integration, Institut für Europäische Politik, Bonn 1981, H. 3, S. 95-111; Stephan F. Szabo, Generationenwechsel in Europa: Auswirkungen auf das westliche Bündnis, in: Europa-Archiv, Bonn 1983, Folge 2, S. 37-44; Stephan Woolcock, Amerikanisch-Europäische Interessendivergenzen im Ost-West-Handel, in: Europa-Archiv, Bonn 1982, Folge 4, S. 95-104; Elke Thiel, Atlantischer Wirtschaftskonflikt vor und nach Versailles, in: Außenpolitik, Hamburg 1982, H. 4, S. 371-384; vgl. auch Henry A. Kissinger, Strategy and the Atlantic Alliance, in: Survival, London 1982, Vol. 24, S. 194-200; Pierre Hassner, The Shifting Foundation, in: Foreign Policy, New York 1982, Nr. 48, S. 3-20; Hans Joachim Veen (Hrsg.), Die Zukunft der deutsch-amerikanischen Beziehungen, Melle 1983; Josef Joffe, Europe and America: The Politics of Resentment (Cont'd), in: Foreign Affairs, New York 1982, S. 569-590; Gilbert Ziebura, Die Krise des transatlantischen Systems und die Zukunft der deutsch-amerikanischen Beziehungen, in: Weltpolitik, Jahrbuch für internationale Beziehungen, Bd. 2, Frankfurt/New York 1982, S. 15-65.
- 41 Peter Bender, Das Ende des ideologischen Zeitalters, Die Europäisierung Europas, Berlin 1981.
- 42 Vgl. u.a. Masashi Nishihara, West-Europa und Japan: Gemeinsame Interessen trotz Handelspolitischer Reibungen, in: Europa-Archiv, Bonn 1982, Folge 8, S. 239-246; Wirtschafts- und Sozialausschuß (Hrsg.), Bericht der Fachgruppe Außenbeziehungen zu den „Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der Gemeinschaft und Japan“ v. 22.6.1981; Bundesverband der Deutschen Industrie (Hrsg.), Administrative Importbeschränkungen in Japan, März 1982.
- 43 Zur Grundsatzproblematik weiterführend Peter L. Berger u.a., Das Unbehagen in der Modernität, Frankfurt/New York 1975.
- 44 Interview mit Gaston Thorn in: Die Welt v. 12.7.1982.
- 45 Abgedruckt in: Europa-Archiv, Bonn 1982, Folge 9, S.D. 223-225, hier S. 224.

- 46 Zur Reformdebatte vgl. jetzt Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Nur verpaßte Chancen? Die Reformberichte der Europäischen Gemeinschaft, Mainzer Beiträge zur Europäischen Einigung* Bd. 2, Bonn 1983.
- 47 Nähere Angaben zu den Reformdokumenten bei Weidenfeld, *Nur verpaßte Chancen? a.a.O.*; Zur Arbeit des Institutionellen Ausschusses des Europäischen Parlaments hier u.a. Bericht im Namen des Institutionellen Ausschusses über die Leitlinien des Europäischen Parlaments für die Reform der Verträge und die Verwirklichung der Europäischen Union v. 21.6.1982, Sitzungsdokumente 1982–1983 des Europäischen Parlaments, Dokument 1–305/82/A; dazu Entschließung des Europäischen Parlaments v. 6.7.1982, abgedruckt als Dokument Nr. 9 in diesem Band; vgl. ergänzend Heinrich Schneider, *Europäische Union durch das Europäische Parlament – Zur Initiative des Institutionellen Ausschusses*, in: *Integration*, Institut für Europäische Politik, Bonn 1982, H. 4, S. 150–163; Europäisches Parlament (Hrsg.), *Sammlung der Institutionellen Dokumente der Gemeinschaft von 1950 bis 1982*, Luxemburg 1982.
- 48 Vgl. dazu ergänzend Claus Schöndube, *Das Europäische Parlament*, in diesem Band; siehe auch Pieter Dankert, *Das Europäische Parlament vor seiner nächsten Wahl*, in: *Europa-Archiv*, Bonn 1983, Folge 1, S. 1–6; Alexander Boguslawski, *Direktwahl zum Europäischen Parlament und Europa-Bewußtsein. Eine demoskopische Bilanz drei Jahre nach der Wahl*, in: *Europa-Archiv*, Bonn 1983, Folge 1, S. 7–14.
- 49 Siehe ausführlicher zu dieser Kritik am konzeptionellen Zustand des Einigungswerks mit weiterführenden Literaturhinweisen zu diesem Problemkreis, Werner Weidenfeld, *Zwischen Monnet und de Gaulle, oder: Wie können Bonn und Paris den europäischen Stillstand überwinden?* In: *Dokumente*, Bonn 1983, Sonderheft zum 22. Januar 1963–1983, S. 31–40.

Weiterführende Literatur

- Bender, Peter, *Das Ende des ideologischen Zeitalters. Die Europäisierung Europas*, Berlin: Severin und Siedler 1981.
- Deubner, Christian, *Spanien und Portugal: Der unsichere ‚Europäische Konsens‘. Der Beitritt zur EG als soziales und innenpolitisches Problem*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1982.
- Groeben, Hans von der, *Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft, Das Ringen um den Gemeinsamen Markt und die Politische Union (1958–1966)*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1983.
- Grohs, Gerhard u.a., *Portugals Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft*, Bonn: Europa Union Verlag 1982.
- Hrbek, Rudolf u. Wolfgang Wessels, *Das vitale Interesse der Bundesrepublik Deutschland an EG und EPZ*, Bonn: Institut für Europäische Politik 1982.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), *Sechzehnter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Gemeinschaften 1982*, Brüssel/Luxemburg 1983.
- Küsters, Hanns Jürgen, *Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1982.
- May, Bernhard, *Kosten und Nutzen der Deutschen EG-Mitgliedschaft*, Bonn: Europa Union Verlag 1982.
- Nottelmann, Angela, *Der Haushalt der Europäischen Gemeinschaften, Probleme und Reformvorstellungen*, Hamburg: Verlag Weltarchiv 1982.
- Puhl, Detlef, *Die Mittelmeerpolitik der EG, Strukturschwächen des EG-Systems bei der Verwirklichung des Globalkonzepts*, Kehl/Straßburg: Engel 1982.
- Rahmsdorf, Detlev W., *Ordnungspolitischer Dissens und Europäische Integration*, Kehl/Straßburg: Engel 1982.

- Rovan, Joseph u. Werner Weidenfeld (Hrsg.), Europäische Zeitzeichen, Elemente eines deutsch-französischen Dialogs, Mainzer Beiträge zur Europäischen Einigung Bd. 1, Bonn: Europa Union Verlag 1982.
- Rummel, Reinhardt, Zusammengesetzte Außenpolitik. Westeuropa als internationaler Akteur, Kehl/Straßburg: Engel 1982.
- Schulz, Eberhard, Die Deutsche Nation in Europa, internationale und historische Dimensionen, Bonn: Europa Union Verlag 1982.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.), Die Identität der Deutschen, München: Hanser Verlag 1983.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.), Nur verpaßte Chancen? Die Reformberichte der Europäischen Gemeinschaft, Mainzer Beiträge zur Europäischen Einigung Bd. 2, Bonn: Europa Union Verlag 1983.
- Weilemann, Peter, Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1983.